

Rolf Wekeck

Ich werde etwas zu dem Thema Bundeswehr und deren Geldverschwendung sagen. Denn dieses Thema erfährt leider öffentlich viel zu wenig Aufmerksamkeit. Die Verschwendung von Steuermitteln beim sogenannten Verteidigungsetat, der 2019 43 Mrd Euro beträgt, ist gigantisch.

Zum einen ist eine materielle Betrachtung angesagt, zum anderen ist die ideologische Seite aufzuzeigen.

Nicht erst seit der Gorch Fock und den vielen aktuellen Beraterverträgen muss man feststellen, dass bei den Militärausgaben die Steuermittel zum Fenster rausgeschmissen werden. Schon der Skandalminister Franz Josef Strauß bestellte 1957 mit dem HS 30 einen Schützenpanzer, von dem es keinen einzigen Prototypen gab. Auch der Starfighter wurde ohne Erprobung bestellt. Das Ergebnis: Häufige Abstürze mit tödlichen Folgen.

Diese Pannenserie bei der Beschaffung von Material für die Bundeswehr wird bis heute fortgesetzt: Militärhubschrauber, Transportflugzeug, Eurofighter, Sturmgewehr. Alles ist mit explodierenden Kosten oder technischen Problemen verbunden. Unbegreiflich ist es, dass dieses immer noch keine Folgen hat, weder für die Hersteller noch für die Verantwortlichen. Der industrielle militärische Komplex arbeitet weiterhin sehr erfolgreich. Und der Irrsinn wird mit der Forderung nach einem Flugzeugträger noch gesteigert.

Nun zur ideologischen Seite der Steuermittelverschwendung. Die Forderung der Nato, 2% des Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung auszugeben hat mit Sicherheitspolitik und Landesverteidigung nicht das Geringste zu tun. Um diesen Wahnsinn der Bevölkerung zu verkaufen, werden wieder Feindbilder aufgebaut: Russland! Das ist sowohl geografisch als auch kräftemäßig nicht zu begründen. Sagte man früher, die Russen stehen vor der Tür, so muss man heute sagen, die Nato steht vor der Türe Russlands. Und wer sich die Militärausgaben ansieht und eins und eins zusammenzählen kann, der stellt fest, dass allein die Militärausgaben Frankreichs höher sind als die von Russland. Von der etwa 15fachen Überlegenheit der Nato ganz schweigen.

Wenn mehr Finanzmittel zur Verbesserung im Bildungsbereich, im Gesundheits- und Pflegewesen, der Infrastruktur usw. gefordert werden, sind die Regierenden knapp bei Kasse. Wenn es aber um mehr Geld für die Bundeswehr geht, dann gibt es keine Grenzen.

Es ist höchste Zeit, sich dagegen zu wehren. Deshalb muss es heißen: Massive Kürzungen des sogenannten Verteidigungsetats, Abrüstung statt Aufrüstung!